

Anmerkungen

- 1 vgl. auch George, S.; Moralerziehung in der DDR, in: Gegenwartskunde 3/79, S. 317 ff.
- 2 Günther, K. H. u. a.; Das Bildungssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1979, S. 14
- 3 ebd., S. 15
- 4 Ministerium für Volksbildung; Bildungs- und Erziehungsplan für den Kindergarten, Berlin (Ost) 1979, S. 8
- 5 vgl. Günther, a.a.O., S. 134 u. 175
- 6 vgl. ebd., S. 64
- 7 vgl. ebd., S. 83
- 8 Einen Überblick über die Lehrplanentwicklung gibt: Schmitt, G.; Politische Erziehung in der DDR, Paderborn 1980, S. 47 ff., 90 ff., 250 ff.
- 9 vgl. Beyer, K. u. a.; Unterrichtshilfen Staatsbürgerkunde Klasse 7, Berlin (Ost) ³1980
- 10 vgl. Feige, W. (Autorenkollektiv); Beiträge zur Methodik des Staatsbürgerkundeunterrichts, Berlin (Ost) 1975, S. 18 ff. und: George, S.; Die Erziehung sozialistischer Menschen als Ziel der DDR-Staatsbürgerkunde, in: GK 1/78, S. 43 ff.
- 11 vgl. Aufgabenstellung 1969, zit. in: Schmitt, a.a.O., S. 64, s. Anhang M 4
- 12 Feige, a.a.O., S. 46
- 13 vgl. ebd., S. 55 und Schmitt, a.a.O., S. 134 ff.
- 14 vgl. Gagel, W.; Sicherung vor Anpassungsdidaktik, in: Schörken, R. (Hrsg.); Curriculum Politik, Opladen 1974, S. 30
- 15 Wenn man den Handreichungen entsprechend verfährt, kann nur ein kleinschrittiger, lehrerzentrierter Unterricht das Ergebnis sein.
- 16 vgl. den Erlaß und die Diskussion um ihn, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.); Verfassung und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Unterricht, Bonn 1980, S. 209 ff., 235 ff., 243 ff.
- 17 Der Kultusminister des Landes NRW (Hrsg.); Richtlinien für den Politikunterricht, Düsseldorf ²1974, S. 15
- 18 ebd., S. 18
- 19 Die Qualifikationen können ebenso wie die Schulbuchauszüge aus Platzgründen nicht abgedruckt werden, zumal sie auch allgemein zugänglich sind.
- 20 vgl. Schmitt, a.a.O., S. 71 ff.

Didaktische Planung

Politikunterricht in beiden deutschen Staaten – systemvergleichender Unterricht über Unterricht Ein Werkstattbericht

Edwin Stiller

1. Einleitung

In den Herbstferien 1980 fuhr ich mit Kollegen vom Verband der Pädagogiklehrer zu einer einwöchigen Studienreise in die DDR. Wir besuchten im Bezirk Gera verschiedene Bildungseinrichtungen von der Kinderkrippe über die Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule bis hin zum Berufsbildungszentrum. Neben diesen offiziellen Besuchen, die allerdings mit vielen informellen Gesprächen mit Schülern und Lehrern verbunden waren, bildeten Gespräche mit DDR-Bürgern in Gaststätten und Wohnungen ein wichtiges Korrektiv zu dem allzu glatt präsentierten Erscheinungsbild.

Die Eindrücke, die wir von den Besuchen der Bildungseinrichtungen gewannen, waren zwiespältig: Einerseits faszinierten Stringenz und Koordination der zentralistisch geplant und gesteuerten Institutionen, ebenso die Qualität der Ausbildung und die Errungenschaften der polytechnischen Bildung. Andererseits beängstigten die totale Erfassung des Menschen durch dieses zentralistische System¹ und der minimale Handlungsspielraum von Schülern, Eltern und Lehrern.

Diese Eindrücke sind in vielfältiger Form (Reiseberichte, Quellen etc.) in meinen Politik- bzw. Erziehungswissenschaftlichen Unterricht eingeflossen. Ein Beispiel ist der Unterricht über die politische Bildung in der Schule beider deutscher Staaten, der im folgenden beschrieben wird.

2. Zur Konzeption der Staatsbürgerkunde in der DDR

Gemeinsames Erziehungsziel aller Einrichtungen des „einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ ist die Herausbildung „... allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewußt das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen“.² Bestandteil dieser Persönlichkeitsentwicklung ist „... die Herausbildung der Weltanschauung und Moral der Arbeiterklasse ...“³ – eine Aufgabe, der sich die verschiedenen Formen der politischen Bildung widmen.

Politische Bildung, vom Staat einheitlich und systematisch konzipiert, erfolgt in allen gesellschaftlichen Bereichen und in allen Lebensalterstufen.

In den Institutionen des Bildungswesens findet sie vom Kindergarten, wo sie „... Gefühle der Verbundenheit ...“⁴ zu dem Werktätigen, dem Heimattort, der Partei und Regierung, den Streitkräften und der Sowjetunion herausgebildet werden sollen, bis hin zur Studien- und Berufsausbildung, wo sie in allen Bereichen große Stundenanteile hat,⁵ statt.

In der zehnklassigen Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule ist das Unterrichtsfach Staatsbürgerkunde für die Klassen 7 bis 9 einstündig und die Klasse 10 zweistündig eingerichtet.⁶ In der Erweiterten Oberschule wird das Fach in Klasse 11 einstündig und Klasse 12 zweistündig fortgesetzt.⁷ Ziele und Inhalte sind einheitlich festgeschrieben⁸, Schüler, Lehrer und Eltern haben hier keinen Spielraum. Die schöpferische Aufgabe des Lehrers liegt, so wurde uns von Prof. Metzheim (Universität Jena) berichtet, in der methodischen Umsetzung der Vorgaben. Hilfestellung bei dieser Umsetzung erhält der Lehrer durch methodische Handreichungen zu dem einheitlichen Schulbuchwerk⁹, in denen die Stoffeinheiten bis hin zum Lehrereimpuls detailliert aufbereitet sind.

Die Ziele des Staatsbürgerkunde-Unterrichts werden in drei Ebenen aufgeteilt: Wissens-, Fähigkeits- und Überzeugungsziele.¹⁰

Eine übergreifende Zielformulierung, die für alle Fächer verbindlich ist, findet sich in einem Katalog von Grundüberzeugungen.¹¹

Die methodische Konzeption des Staatsbürgerkunde-Unterrichts wird von Feige dargestellt als Aneignungsprozeß in „... dialektischer Einheit von Erkenntnisgewinnung, Fähigkeitsentwicklung und Einstellungsbildung ...“¹², in dem der Schüler ein zunehmendes Maß an Selbständigkeit gewinnen soll. Die Unterrichtsphasen des auf entdeckendes Lernen ausgerichteten Problemunterrichts¹³ sind: Problemstellung, Problembearbeitung, Problemlösung. Diese Formulierungen ähneln westdeutschen Konzeptionen, täuschen jedoch über die Realität hinweg. Entsprechend den o. g. Zielsetzungen, die treffend nur mit der Bezeichnung „Anpassungsdidaktik“¹⁴ gekennzeichnet werden können, gibt es jeweils nur eine, gesetzte Problemlösung, auf die das Problemlösungsmaterial hin zugeschnitten ist und die in der Vorstellung des Problems durch den Lehrer schon anvisiert wird.¹⁵

3. Zur Konzeption und Zielsetzung der Unterrichtsreihe

Der Komplex der politischen Bildung ist besonders gut geeignet für einen Vergleich, da sich die Subsysteme der politischen Bildung beider deutscher Staaten gut als Funktion des jeweiligen Legitimationsrahmens herausarbeiten lassen. Er eignet sich auch deshalb, weil die Schüler hier Betroffene – ja gewissermaßen Experten sind und dabei auch eine Selbstreflexion des eigenen Politik-Unterrichts angeregt wird.

Die Richtlinien für den Politikunterricht in NRW werden einerseits als Äquivalent genommen, weil der Unterricht an einem nordrhein-westfälischen Gymnasium stattfindet, andererseits sind sie m. E. in besonderem Maße – zumindest von ihrem Anspruch her – ein Resultat des pluralisti-

schen Demokratiekonzepts unseres Staates. Die Behandlung der Richtlinien anderer Bundesländer oder die Thematisierung des umstrittenen Erlasses der Kultusministerkonferenz zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht¹⁶ würde sicherlich – zumindest in Nuancen – zu anderen Ergebnissen kommen. Die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik eine verwirrende Vielzahl von Richtlinien, Empfehlungen, didaktischen Ansätzen, Schulbüchern und anderen Medien gibt, ist auch ein Produkt des pluralistischen Demokratiekonzepts.

Die Problem- und Lernzielorientierung der Unterrichtseinheit wird gewonnen durch die Qualifikation 1: „Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche und politische Ordnungen einschließlich ihrer Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern auf ihren Sinn, ihre Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu überprüfen“¹⁷ und Qualifikation 3: „Fähigkeit und Bereitschaft, sprachliche und nichtsprachliche Kommunikation auf ihren ideologischen Hintergrund hin zu durchschauen“¹⁸. Die Schüler sollen die in den Schulbüchern und Richtlinien des Politikunterrichts beider deutscher Staaten präsentierten Erklärungszusammenhänge auf ihren ideologischen Hintergrund hin untersuchen, die Form der Darbietung vergleichen und den Zusammenhang zu den unterschiedlichen politischen Ordnungsvorstellungen der beiden Systeme herstellen können.

4. UE: Was lernen Schüler im Politikunterricht beider deutscher Staaten über den jeweils anderen Staat?

4.1 Verlauf

Phase	Funktion	Inhalt	Medien
1	Einstieg	Karikatur von U. Forchner Beschreibung, Erklärung und Interpretation Problemaufriß: Was wird dieser streßgeplagte DDR-Schüler in der Schule über die Bundesrepublik Deutschland lernen? Arbeitsplanung	M 1
2	Erarbeitung	– Untersuchung des Schulbuchtextes anhand der Arbeitsaufträge – Analyse der Überzeugungsziele des Staatsbürgerkunde-Unterrichts – Was haben wir im bisherigen Unterricht über die DDR gelernt? – Analyse der Qualifikationen der RLpoBi NRW (oder anderer RL)	M 2 M 3
3	Beurteilung	Vergleichende Schlußbetrachtung	

Die Karikatur soll den Schülern verdeutlichen, daß die DDR-Schüler unter vergleichbaren schulischen Bedingungen stehen und sie motivieren, sich mit der schulischen Situation – speziell der Staatsbürgerkunde – der DDR auseinanderzusetzen. Anhand der Bilddetails kann der Lehrer den Schülern die Stundentafel der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule erläutern und das Augenmerk auf die Staatsbürgerkunde lenken. Aus dieser Situation kann der Problemaufriß entwickelt werden: Was lernt dieser streßgeplagte DDR-Schüler in der Schule über die Bundesrepublik? Hieran schließt die Planung der weiteren Unterrichtsschritte an: Was müssen wir wissen, um die o. g. Frage beantworten zu können? Die Erarbeitungsphase beginnt mit der Untersuchung der Schulbuch-Auszüge. Hier sollte der Lehrer versuchen, den Staatsbürgerkunde-Unterricht mit den Schülern nachzuvollziehen. Dies ist möglich, indem man die unter dem Schulbuchauszug angegebenen Arbeitsaufträge übernimmt.

Im zweiten Untersuchungsschritt sollen die „Überzeugungsziele“, die übergreifend für alle Schulfächer formuliert wurden, analysiert werden. Hier ist es wichtig, diese Ziele in den Zusammenhang der politischen und ökonomischen Strukturen der DDR zu stellen, um hier zunächst eine systemimmanente Betrachtung zu ermöglichen.

Um nun zu einem Vergleich zu gelangen, sollte zunächst eine Wiederholung der im bisherigen Unterricht geleisteten DDR-Analyse aus westlicher Sicht erfolgen: Welche Sichtweise der im DDR-Schulbuch besprochenen Probleme wurde im eigenen Unterricht deutlich? Auf der zweiten Ebene des Vergleichs werden dann die 10 Qualifikationen der RLpoBi¹⁹ oder die allgemeinen Ziele anderer Richtlinien den DDR-Überzeugungszielen gegenübergestellt. Auch hier sollten die Qualifikationen in den Rahmen der politischen Ordnungsvorstellungen der Bundesrepublik Deutschland gestellt werden.

In der Beurteilungsphase sollte zunächst einmal deutlich werden, daß die Inhalte und Ziele der politischen Bildung jeweils Funktionen der politischen Gesamtsysteme darstellen, nur im Rahmen der jeweiligen Systeme effizient und daher nicht kompatibel sind. Karl Schmitt kommt bei seiner Beurteilung der politischen Erziehung in der DDR zu dem Schluß, daß das Politische zum Freund/Feind-Denken reduziert wird und Disziplin als größte politische Tugend angesehen wird.²⁰ Beides läßt sich an dem Schulbuchauszug und den Überzeugungszielen nachweisen.

Dem Menschenbild des Bonner Grundgesetzes – und dementsprechend der RLpoBi NRW – entsprechend der selbständige, kritisch analysierende, mündige Bürger. Diesen hohen Anspruch soll die politische Bildung einzulösen helfen. Ob die jeweils konkrete Praxis dem entspricht, ob die Schüler ihren Unterricht hier wiederfinden, dies sollte zum Ende der Reihe diskutiert werden.

Die Unterrichtsreihe wurde im Politikunterricht einer Klasse 10 am Heisenberg-Gymnasium Gladbeck erprobt. Meinen Bericht möchte ich auf die genannte Teileinheit, den Vergleich der politischen Bildung in beiden deutschen Staaten beschränken.

Die Schüler sträubten sich zunächst dagegen, den Schulbuchauszug textimmanent zu bearbeiten: „... glauben die das?“, „... das ist doch die reine Hetze!“ – dies waren die ersten Reaktionen. Nach einer genaueren Betrachtung wurden die Urteile differenzierter. Das Bild von der Bundesrepublik, welches hier gezeichnet wurde, erschien ihnen zwar verzerrt, aber dennoch mit realen Bezügen („50 % Wahrheit“). Als Beispiele wurden hierfür die Konzentration wirtschaftlicher Macht und deren Einfluß auf politische Prozesse, Diskussionen um den Radikalenerlaß und die Arbeitslosigkeit genannt.

Die „Glorifizierung“ der DDR im Schulbuchtext verglichen die Schüler mit dem, was sie über die Medien, Verwandte in der DDR und nicht zuletzt in der Schule an Informationen zu den dortigen Lebensverhältnissen bekommen haben. In der Diskussion wurde ihnen aber auch deutlich, daß diese Informationen ebenfalls von erkenntnisleitenden Interessen geprägt waren.

Im Zusammenhang mit den DDR-Überzeugungszielen wurde vor allem die Frage der Wirkung der politischen Bildung gestellt. Die Schüler kamen zu dem Schluß, daß gerade in der 7. Klasse die Schüler noch nicht kritikfähig genug sind und der Schulbuchtext sicher einen großen Einfluß haben wird, zumal abweichende Meinungen im Rahmen der Schule als falsch bezeichnet und schlecht benotet werden können. Die Schüler bemerkten, daß die Überzeugungsziele wörtlich im Schulbuchtext wiederzufinden sind und meinten: „... wenn das oft genug wiederholt wird, übernehmen die Schüler das auch als Meinung.“ Die Überzeugungsziele wurden mit religiösen Geboten verglichen, die man nicht mit Fakten nachweisen sondern einfach glauben muß.

An dieser Stelle wurde dann die Frage nach dem eigenen Politikunterricht gestellt: „Wir glauben doch auch, was in unseren Büchern steht bzw. was der Politiklehrer sagt!“ Anhand des Buches „Sehen Beurteilen Handeln“ konnten die Unterschiede gut herausgearbeitet werden: Unterrichtsergebnisse sind nicht zum Auswendiglernen vorformuliert, kontroverses Material muß selbständig bearbeitet werden, zur kritischen Distanz wird aufgefordert. Durch die Thematisierung der 10 Qualifikationen der nordrhein-westfälischen Politik-Richtlinien wurde dieser Aspekt vertieft. In einer schriftlichen Übung, die ich zum Schluß der Reihe schreiben ließ, wurde deutlich, daß die Schüler in der Lage waren, die Unterschiede der politischen Bildung in beiden deutschen Staaten auf die Unterschiede in den politischen Ordnungsvorstellungen der beiden Systeme zurückzuführen. Hier ein Zitat aus einer Schülerarbeit:

„Die Unterschiede der beiden Formen von Politikunterricht liegen in den verschiedenen Staatsformen begründet ... Das Recht auf freie Meinungsäußerung und Meinungsbildung ist im GG der Bundesrepublik Deutschland verankert. Das wirkt sich auch auf den Politikunterricht aus. Die Schüler sollen hier nicht nur sich selbst eine eigene Meinung bilden und demokratische Spielregeln kennenlernen, sondern auch lernen, diese Rechte anderen zuzugestehen. Der Unterricht in NRW soll also Selbständigkeit und demokratisches politisches Engagement vermitteln, da dies zu den Grundelementen einer Demokratie gehört. In der DDR ist das nicht sehr viel anders. Nur liegt dem Unterricht dort keine demokratische Staatsform, sondern die ‚Diktatur des Proletariats‘ zugrunde. Auch in der DDR wird der Unterricht der Staatsform angepaßt und soll die Schüler in diese Staatsform integrieren ... Der Unterricht hängt also immer von dem jeweiligen politischen System ab und wird von diesem beeinflußt, da jeder Staat seine Jugend nach seinen Vorstellungen erziehen will.“

5. Anhang: Materialien

M 1 Ulrich Forchner „Ohne Worte“



Quelle: Verband Bildender Künstler der DDR (Hrsg.); satiricum '78, Gera o. J., o. S.

4.5 DDR und BRD – Ausdruck zweier Klassenlinien in der Welt (Zusammenfassung)

Erstens:

In der DDR hat die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen die Macht. Hier gehören die Produktionsmittel und alle gesellschaftlichen Reichtümer dem Volk.

Es gibt keine Ausbeuter mehr. Keiner darf in unserer Gesellschaft auf Kosten anderer leben. Die Arbeitsergebnisse kommen denen zugute, die sie schaffen. Wir alle haben ein gemeinsames Interesse am weiteren Fortschritt unserer Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft. Der IX. Parteitag der SED hat deshalb der Arbeiterklasse und allen übrigen Werktätigen erneut die Hauptaufgabe gestellt, unser Leben in den kommenden Jahren materiell und geistig-kulturell noch besser und schöner zu gestalten. Der Sinn des Sozialismus besteht gerade darin, „alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen“. Darum gestalten wir in der DDR weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft und schaffen so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus.

In der BRD üben die Monopolherren die politische und wirtschaftliche Macht aus.

Die Monopolherren besitzen die großen Fabriken, die Kohle- und Erzgruben, die Banken u. a. m. In ihren Händen sind die Produktionsmittel, das Geld und andere Werte konzentriert. Die BRD ist ihr Staat. Alle Organe dieses Staates dienen der Erhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse, die keine Produktionsmittel besitzen und daher ihre Arbeitskraft gegen Lohn an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen müssen. Obwohl alle Reichtümer dieses Landes auf der fleißigen Arbeit der Werktätigen beruhen, sind sie nicht in deren Besitz. Die Besitzer der Reichtümer sind vor allem die Monopolherren.

Zweitens:

In der DDR dienen alle staatlichen Maßnahmen dem Wohlergehen und dem besseren Leben des ganzen Volkes.

Ziel der gesamten Arbeit, der kommunistischen Bildung und Erziehung ist es, daß alle Menschen noch besser und erfolgreicher am Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft teilnehmen können. In unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat gilt das Wort seiner Bürger. Jeder von uns weiß: Die Bürger der DDR kennen keine Angst vor der Zukunft. Sie brauchen keine Sorge zu haben um ihren Arbeitsplatz und um die Ausbildung ihrer Kinder. Bei uns herrschen soziale Sicherheit und Geborgenheit.

In der BRD wird das Volk mit teils raffinierten, teils brutalen Herrschaftsmethoden unterdrückt, und seine Interessen werden mißachtet.

6 Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED. A.a.O., S. 5.

Die Monopolherren sind schuld an Massenarbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit. Da die Werktätigen ausgebeutet werden, kann es für sie keine soziale Sicherheit geben. Kommunisten und anderen fortschrittlichen Menschen wird oftmals eine Tätigkeit in ihrem erlernten Beruf verweigert. In den Zeitungen, im Rundfunk und über das Fernsehen werden täglich Faschismus und Militarismus, Mord und Verbrechen verherrlicht oder verharmlost.

Über das Leben der Menschen im Sozialismus wird absichtlich falsch informiert. An die Stelle der Wahrheit treten die Entstellung und die Lüge. Der Imperialismus braucht die Verrohung und Verdummung der Menschen, damit sie seine räuberischen und verbrecherischen Ziele unterstützen. Die Aufrüstung gegen den Sozialismus ist für den Imperialismus wichtiger als Bildung. Daher fehlt es in der BRD an Lehrern, an Schulen und Kindergärten. Die BRD ist ein Staat der Unmenschlichkeit, der geistigen Unfreiheit und der Unterdrückung des fortschrittlichen Denkens. In diesem Staat werden ständig grundlegende Rechte und Freiheiten des Menschen verletzt, um die kapitalistische Klassenherrschaft zu erhalten.

Drittens:

Die DDR kämpft als sozialistischer Friedensstaat gemeinsam mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft sowie mit allen fortschrittlichen Menschen für die Erhaltung des Friedens, für sozialen Fortschritt und Völkerverständigung.

Die BRD strebt an der Seite der Imperialisten der USA und anderer imperialistischer Länder nach der Beseitigung des Sozialismus in der DDR und in den anderen sozialistischen Staaten. Sie unterstützt die Kriegspolitik anderer imperialistischer Staaten und hilft ihnen bei der Unterdrückung anderer Völker.

Die sozialistische DDR und die imperialistische BRD bilden Gegensätze, die sich nicht überbrücken lassen. Sozialismus und Imperialismus sind unvereinbar wie Feuer und Wasser. Deshalb gibt es keinerlei „Gemeinsamkeiten“ zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD. Wenn westliche Politiker noch immer von angeblichen „Gemeinsamkeiten“ reden, so geben sie damit nur zu erkennen, daß sie das alte imperialistische Vorhaben der Vernichtung des Sozialismus in der DDR nicht aufgegeben haben. Diese reaktionären Wunschträume sind aber vergeblich. Der Sozialismus hat in der DDR unwiderruflich und für immer gesiegt.

Wie soll nun das Verhältnis zwischen DDR und BRD gestaltet werden?

Das Verhältnis zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD kann nur auf der Grundlage der Politik der friedlichen Koexistenz gestaltet werden (vgl. Begriff Friedliche Koexistenz im Anhang). Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ist dafür eine gute Voraussetzung.

Wenn die BRD ihn vollständig und konsequent einhält, kann das die Beziehungen zwischen den beiden gegensätzlichen deutschen Staaten verbessern. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa. Die DDR hat im Interesse von Frieden und Entspannung viele Schritte unternommen, um die friedliche Koexistenz zwischen

der DDR und der BRD zu entwickeln. Dazu gehört die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die vielen Werktätigen der BRD einen Arbeitsplatz sichert, und der erleichterte Reise- und Besucherverkehr. Millionen Besucher aus der BRD und Westberlin genießen jährlich die Gastfreundschaft unseres weltoffenen sozialistischen Landes und lernen seine sozialistischen Errungenschaften kennen. Gewerkschaften und Sportverbände der DDR und der BRD haben sachliche Beziehungen zueinander hergestellt.

Die friedliebende Politik der DDR trifft jedoch auf den erbitterten Widerstand der imperialistischen Gegner der Entspannung in der BRD. Deshalb war, ist und bleibt die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz ein erbitterter Klassenkampf.

Die DDR wird auch künftig Seite an Seite mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft ihren aktiven Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Entspannung leisten.

1. Wie unterscheiden sich DDR und BRD grundsätzlich voneinander?
2. Wie muß und kann das Verhältnis zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD gestaltet werden?

M 3 Überzeugungsziele

1. „Die Überzeugung von der historischen Mission der Arbeiterklasse unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei und ihrer führenden Rolle und wachsenden Verantwortung im revolutionären Kampf bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft;
2. Die Überzeugung vom objektiven Charakter der Entwicklung in Natur und Gesellschaft und von der Fähigkeit der Menschen, diese Gesetzmäßigkeiten zu erkennen und in bewußter, verändernder Tätigkeit anzuwenden;
3. Die Überzeugung von der Gewißheit, daß die Zukunft der ganzen Menschheit der Sozialismus ist, daß wir in der DDR zu den Siegern der Geschichte gehören und daß der Sozialismus auch in Westdeutschland siegen wird;
4. Die Überzeugung von der historischen Aufgabe der DDR und der Verantwortung der Jugend bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und bei der Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik und der sozialistischen Staatengemeinschaft;
5. Die Überzeugung von der entscheidenden Rolle der ruhmreichen Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus;
6. Die Überzeugung, daß Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit nur dort gesichert wird, wo das werktätige Volk unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei die politische Macht ausübt;
7. Die Überzeugung, daß die Jugend ihres eigenen Glückes Schmied ist, in dem sie die Rechte und Pflichten gegenüber der sozialistischen Gesellschaft bewußt wahrnimmt, sich fest in die sozialistische Menschengemeinschaft einordnet, Verantwortung für das Ganze trägt und ein kulturvolles Leben führt.“

Quelle: Aufgabenstellung 1969, zit. in: Schmitt, K.; Politische Erziehung in der DDR, Paderborn 1980, S. 64